

**Laudatio für die Preisträger der PRO ASYL-Hand 2013, Luise und Gerjet Harms  
MICHAEL B. BERGER, Hannoversche Allgemeine Zeitung**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie müssen wir uns einen staatlich anerkannten deutschen Menschenfänger und -schlepper vorstellen? Einen Wiederholungstäter, der auf seinem Terrain als eine Art Intensivtäter gelten kann?

Ich mache hier mal einen Vorschlag zur Güte. Er ist schätzungsweise 175 Zentimeter groß, akademisch vorgebildet, von Gottesfurcht und Menschenliebe gleichermaßen gezeichnet, verheiratet mit seiner Studienkollegin, unerschrocken und neugierig. Dabei bescheiden.

Er sitzt heute leibhaftig vor ihnen. Er heißt Gerjet Harms, wurde 2001 von einem Hildesheimer Gericht auf der Grundlage des sogenannten Schlepperparagrafen wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt“ verurteilt. Das Gericht stellte das Strafverfahren gegen den damaligen Pastor ein gegen Zahlung einer symbolischen Geldauflage. Luise Harms, die damals nicht wegen des gewährten Kirchenasyls vor Gericht stand, war stets in die Aktionen des partnerschaftlich verbundenen Wiederholungstäters eingeweiht, ja oft treibender Faktor und Organisatorin.

Wir haben es bei dieser Preisverleihung gewissermaßen mit einem herausragenden Fall von Bandenkriminalität zu tun. Nach allem, was gerichtsnotorisch bekannt ist.

Liebe Frau Harms, lieber Herr Harms: – Sie haben lange gezögert, diesen Preis anzunehmen, weil sie ja nie alleine gehandelt haben, sondern mit vielen, vielen anderen. Sie haben gezögert, weil sie gute Protestanten sind, die ohnehin kein großes Bohei um die eigene Person machen würden. Ich habe nicht ganz so lange gezögert, die Laudatio heute hier zu übernehmen, weil ich glaube, dass diese Preisverleihung nicht die Falschen trifft. Zudem hat der Fall der Gazale Salame im Landkreis Hildesheim mich, den journalistischen Beobachter aus dem „fernen“ Hannover, auch jahrelang verwundert, empört und zu sorgsam dosiertem Widerspruch gegen diese Form staatlichen Handelns provoziert, die im Namen des Rechts das Menschenrecht verletzte. Dafür haben Sie und die vielen anderen

Unterstützer um Kai Weber und den Niedersächsischen Flüchtlingsrat oder die Landtagsabgeordnete Jutta Rübke gesorgt. Und später viele, viele andere, auch viele Prominente, deren Bittbriefe an den damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister mit einem spärlichen und peinlichen Formschreiben beantwortet worden sind.

Aber nicht zuletzt ihrer Empörung, ihres Mitgefühls, ihrer Ausdauer, ihrer Penetranz und ihrer Fernstenliebe ist es zu verdanken, dass es zum kleinen Wunder von Hildesheim kam. Denn ohne die jahrelange Arbeit des Unterstützerkreises wäre gewiss nicht geschehen, was ich noch vor ein, zwei Jahren für undenkbar gehalten hätte: Dass eine im Jahr 2005 in die Türkei abgeschobene junge, schwangere Frau tatsächlich von der damaligen konservativen schwarz-gelben Landesregierung Niedersachsens wieder nach Deutschland zurückgeholt werden sollte. Ich spreche von Gazale Salame, die in den Akten Önder heißt. Sie ist zurück. Das menschliche Drama ist mit der überraschenden Rückholung allerdings noch längst nicht beendet.

Wie wird einer zum Wiederholungstäter, wie eine kleine christliche Familie zur Bande, die sich dem Schleppertum verschreibt?

Vielleicht gehört zum weiten Herz der etwas weitere Horizont, den sie, Familie Harms, auf dem afrikanischen Kontinent erwarben. Sie sind schon früh herausgekommen aus der Enge, die auch eine christliche Gemeinde umschließen kann. Sie haben sich viel mit Entwicklungspolitik beschäftigt und durch ihre Arbeit in den späten siebziger Jahren in Swaziland ganz konkreten Anschauungsunterricht bekommen vom Leben in der Ersten und dem in der Dritten Welt. Sie haben damals lange gezögert, als Pastorenfamilie nach Swaziland zu gehen, in dieses kleine Königtum am Rande Südafrikas. Sie haben gezögert, weil in Südafrika die Apartheid herrschte. Doch die Arbeit dort – Sie haben ein theologisches Fernstudium aufgebaut – hat nach ihren eigenen Worten ihren Horizont unheimlich erweitert für die Nöte und Menschen der Dritten Welt.

Und sie haben in Südafrika auch Menschen erlebt, die sich vital, beständig, mit Haut und Haar der Gerechtigkeit verschrieben haben, wie etwa Bischof Desmond Tutu. Sie haben gewissermaßen Vorbilder gefunden, die sie selbst zu aktivem bürgerschaftlichem Engagement angestiftet haben.

So waren Sie beide in gewisser Weise vorbereitet, als das Schicksal ihnen in den 90er-Jahren sechs Bengalen vor die Tür gelegt hat. Die Frage „Was heißt Christsein?“ beantworten Sie, Herr Harms, so: „Wenn mir von Gott jemand über die Schwelle geschoben wird, dann muss ich helfen.“ Diese Gottgewissheit, dieses Gottvertrauen, haben nicht viele. Atheisten kommen aus humanitärem Engagement zu ähnlichen Schlüssen. Aber Ihr Gottvertrauen wird ihnen geholfen haben, im ersten Kirchenasyl, das sie geboten haben, auch Ängste zu überstehen, die unter ihren „Schäfchen“ aufkamen vor den großen, dunklen Männern, die plötzlich in der Hildesheimer Matthäusgemeinde wohnten. Ängste vor den fremden Sitten, Sprachen und Gerüchen. Sie haben damals etwas getan, was sie auch später tun sollten: Sie haben ein Netzwerk aufgebaut, Kontakte geschaffen, Aufgaben verteilt, den kleinen Akt bürgerlichen Widerstandes organisiert – gegen menschliches Unrecht und staatliches Tun oder Unterlassen. Für Sie, Frau Harms, ist Zivilcourage etwas ganz Entscheidendes. Sie ist nach ihren Worten gelebtes Christentum, Humanismus. Humus, aus dem Gutes erwachsen kann.

Später haben Sie noch einmal Kirchenasyl gewährt, ein Asyl, das das deutsche Recht eigentlich nicht kennt, aber gottlob lässt der deutsche Staat noch ein paar Freiräume. So kümmerten sie sich um einen Armenier, der beim Übertritt über die Grenze von einem deutschen Jäger angeschossen worden war – und fürchterliche Verletzungen davon getragen hat. Sie haben wieder getan, was sie nicht lassen konnten. Unterstützer gesucht, Teenachmittage veranstaltet, Gruppen gebildet für Behördengänge, das Besorgen von Spielzeug für die Kinder, sogar einen Verein gegründet, der schlicht hieß: Miteinander-füreinander. Acht Silben, eine Botschaft. Schlicht und verständlich.

Im Jahr 2005 haben Sie schließlich, Sie waren gerade in die Pensionsphase gewechselt, von dem Schicksal einer jungen, schwangeren Frau gehört, die mit einem ihrer damals drei Kinder einfach in die Türkei abgeschoben worden ist. Das hat ihr politisches Herz, Frau Harms, in Wallung gebracht. Eine Abschiebung ins Nichts – das kann doch nicht sein! Und sie haben zur Weihnachtszeit Briefe an alle Kirchengemeinden geschrieben und, wieder einmal, Widerstand organisiert. Acht lange Jahre, denn der Kampf um die Rückholung der Gazale Salame, um ein Bleiberecht für Ahmed Siala, ihren auch schwierigen Mann, war ein Nervenkrieg – mit den Behörden, mit den Gerichten, mit der Härtefallkommission des Landes Niedersachsen, mit einem sozialdemokratischen Landrat, mit einem christdemokratischen Innenminister, dem es recht war, unter seinen Ministerkollegen als besonders harter Hund zu

gelten – und der jetzt im Rückblick sagt, es sei falsch gewesen, Gazale Salame auszuweisen. Wollen wir ihm wirklich glauben?

Im Jahr 2000 fing das Elend jedenfalls an, das viel zu spät eine gute Fügung nahm. Der Landkreis Hildesheim, der Betrug witterte, setzte alles daran, nachzuweisen, dass die Familien Salame und Siala nicht aus dem Libanon stammten, sondern aus der Türkei. Es wurden sogar Beamte auf teure Reisen geschickt, um belastende Dokumente gegen eine ohnehin schwer belastete Familie zu finden. Die Aufenthaltserlaubnis wurde nicht mehr verlängert, die Familie nur noch geduldet, am 10. Februar 2005 sollte sie abgeschoben werden, Gazale wurde mit der damals ein Jahr alten Tochter Schams in der Wohnung überrascht, während der Mann die anderen beiden Töchter gerade in die Kita brachte – und so der Deportation entging.

Zahlreiche öffentliche Proteste gegen die Abschiebung verpufften, die humanitär eingestellte Hildesheimer Landrätin Ingrid Baule wurde durch einen nur streng juristisch ehemaligen Richter und Landrat ersetzt, der sich gegenseitig mit dem Innenminister die Bälle zuspielte. Das Drama Gazale nahm seinen Lauf. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann brachte sich in Stellung. Er machte Ahmed Siala für die staatlich erzwungene Trennung verantwortlich. Siala habe „jederzeit die uneingeschränkte Möglichkeit“, die Beziehung zu seinen Kindern in der Türkei aufzunehmen, argumentierte Schünemann. Er müsse nur ausreisen. Einen Verwaltungsgerichtsentscheid, der Gazale die Wiedereinreise ermöglichen sollte, ließ Schünemann über den Landkreis einkassieren. Die folgenden gerichtlichen Auseinandersetzungen gingen sogar bis vors Bundesverwaltungsgericht, das an die Europäische Menschenrechtskonvention erinnerte und sagte: Dieser Fall schreie geradezu nach einer gütlichen Lösung.

Gottlob haben andere den Schrei erhört, gottlob veranlasste der Niedersächsische Landtagswahlkampf einige Politiker, in Sachen Salame einen anderen Kurs einzuschlagen. Wie schon zuvor im Fall der vietnamesischen Familie Nguyen, die erst nach Vietnam abgeschoben werden musste, um nach massiven öffentlichen Protesten wieder heimgeholt nach Nienburg zu werden.

Das Frustrierende dabei ist, dass sich die Politik nur in wenigen Einzelfällen erweichen lässt, die für Asylbewerber sehr, sehr eng gefassten Wege von „Recht und Gesetz“ zu erweitern. Der Fall Gazale Salame zeigt, wie viele andere, dass an den Schaltstellen der

Ausländerbehörden oft Menschen sitzen, die in ihrem Gegenüber eher den „Betrüger“ als einen Klienten sehen. Doch Gott sei Dank gibt es in der Bevölkerung immer wieder Protest gegen unmenschliches Verhalten, unmenschliche und auch unverständliche Abschiebeaktionen.

Als Zeitungsmensch könnte ich fast jede Woche Fälle von grotesken Verwaltungsgerichtsurteilen und Abschiebungen bringen. Wir tun es hin und wieder, gut dosiert. Doch bei Gazale Salame waren es nicht die Publikationen, die über Jahre hinweg die Wende brachten, sondern Ihre, Familie Harms und Mitstreiter, ganz persönliche Ausdauer, Humanität, Streitlust und Organisationsgabe. Sie werden weiterhin notwendig sein, denn das Schicksal vieler Flüchtlinge bleibt weiterhin ungeklärt.

So sind diese Woche unter unheimlichem medialen Getöse 107 der 5000 Syrer empfangen worden, die Deutschland insgesamt aufnimmt. Der Bundesinnenminister Friedrich war samt gewaltigem Tross in einem völlig abgeriegelten Terminal des hannoverschen Flughafens erschienen, um die Flüchtlinge persönlich zu begrüßen. Mir kam die Szenerie kurz vor wie bei einer Bambi-Verleihung – bis die Syrer kamen, mit ihren vielen Kindern, und dem Innenminister kurz die Regie entglitt. Statt ihm und seinen salbungsvollen Worten zuzuhören, stürzten sich meine mit Kameras bewaffneten Kollegen auf die Syrer – und hörten kurze Fluchtgeschichten, von denen das deutsche Wahlpublikum lieber nichts hören will. Und doch muss man sie immer wieder erzählen, um die Herzen ein wenig zu erweichen – in einem Europa, das seine Grenzen so abgeschottet hat, dass an den Stränden des „mare nostrums“ ein neuer Eiserner Vorhang entstand.

Sie, liebe Zuhörer und Mitstreiter des Menschenrechtsvereins PRO ASYL, kennen die Thematik, Sie erinnern immer wieder daran. Das ist ein notwendiger Dienst am Menschenrecht, das ein universelles und nicht nur Europäisches sein sollte.